Mittwoch, 9. Februar.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 19—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion 203 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.

Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 30 ₰; für die Reklamespalte 90 mm breit ℳ 1,50, zuzüglich 10 Prozent Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. **Abend-Ausgabe.** 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 65.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster 5,— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen rc. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14622.

Das Völkerbundsverbot.

Unter den sogenannten Sanktionen, die die Entente „um die deutsche Empfindlichkeit zu schonen", wie Lloyd George sagte, nicht in ihre Note an uns aufgenommen haben, hat diejenige, die ein Verbot der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausspricht, in der deutschen Oeffentlichkeit einiges Befremden erregt, und im Reichstag hat die Rechte es für angebracht gehalten, in Hohngelächter auszubrechen, als Minister Simons darauf zu sprechen kam. Nach unseren bisherigen Erfahrungen haben wir aber allen Grund, Drohungen der Entente nicht auf die leichte Achsel zu nehmen, denn so gewiß wir glauben können, daß das Nein unserer Regierung diesmal stehen bleiben wird, so gewiß sind wir leider auch, daß die Entente solche Drohungen nicht schlechthin in den Wind spricht, sondern sehr ernste Absichten damit verbindet. Was soll also das Völkerbundsverbot? Der Völkerrechtler kann seinen Friedensvertrag aufschlagen und auf den Artikel 1 hinweisen, in dem steht, daß es zur Aufnahme neuer Mitglieder in den Völkerbund der Zustimmung von zwei Drittel der Bundesversammlung bedarf, und damit begründen, daß also die vier Mächte gar nicht zum Erlaß eines solchen Verbotes ermächtigt sind. Der Politiker, der die Verhandlungen der ersten Völkerbundsversammlung in Genf verfolgt hat, wird sich aber sagen, daß gegen den Willen dieser vier ein Beschluß der Versammlung praktisch unmöglich ist. Nun besteht freilich auf lange Zeit hinaus kaum die Wahrscheinlichkeit, daß Deutschland die Aufnahme in diesen Völkerbund nachsucht, denn die Enttäuschungen, die er uns gebracht hat, sind zu groß gewesen, und ein Faktor der großen Politik kann er bestenfalls in Jahren werden. Immerhin soll man die Bedeutung, die in der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, der ja auch die im Friedensvertrage selbst vorgesehene Revisionsinstanz für den Vertrag ist, läge, ganz gleich, wann sie geschieht, und welche Vorteile und Nachteile sie im einzelnen mit sich bringt, auch nicht unterschätzen. Die eine Bedeutung hätte der Beitritt auf jeden Fall, daß Deutschland aus einer Verfehmung heraustritt und daß ihm der Zutritt zu einem Forum ermöglicht wird, von dem aus es zu der Oeffentlichkeit der ganzen Welt sprechen kann, ohne befürchten zu müssen, daß das was es sagt, verfälscht wird. Denn fünf Jahre feindlicher Propaganda haben in der ganzen Welt Anschauungen über Deutschland sich festwurzeln lassen, die erst den Grund dafür geschaffen haben, daß heute die Entente eine solche Behandlung Deutschlands gegenüber dem Gewissen der Welt wagen darf. Die geistige Blockade, deren Bedeutung dem deutschen Volke immer noch nicht zum richtigen Bewußtsein gekommen ist, dauert mit fast noch unverminderter Stärke fort. Wir haben den Wall von Dummheit, Lüge und Verfälschung wohl hier und da als einen solchen feststellen können, aber Bresche in ihn konnten wir noch nicht legen.

Ist uns das erst einmal möglich geworden, und erkennt die Welt das wirkliche neue Deutschland, das den Willen zum Aufbau hat und in seiner übergroßen Mehrheit nicht nach Rache dürstet, sondern Gerechtigkeit verlangt, dann ziehen wir dem Gebäude des Friedensvertrages den Grund fort, auf dem es errichtet ist und dann wird Stein um Stein herausbröckeln. Natürlich ist solche Politik eine Politik auf lange Sicht. Aber in solchen Fragen darf man nicht nur das Heute und Morgen sehen. 42 Jahre lang sollen nach dem Willen der Entente wir, unsere Kinder und unsere Enkel das Joch der Schuldknechtschaft tragen. Wir wirken für unsere Enkel, wenn wir diese Fernzielpolitik treiben. So skeptisch wir sonst dem heutigen Völkerbunde gegenüberstehen, so rückt dennoch durch diese Erwägung das Völkerbundsproblem als politische Realität heute schon in unseren Gesichtskreis. Wir halten auch die Idee für so stark, daß sie sich gegen den bösen Willen unserer Gegner wird durchsetzen können. Clemenceau ist ein Greis, den sein eigenes Land heute schon fallen gelassen hat, Lloyd George ist alt und Wilson ein geistig toter Mann. Mit ihnen werden die alten Mächte dahinsterben, 42 Jahre soll die Schuldknechtschaft dauern, 42 Jahre also auch das Völkerbundsverbot. Ist es anzunehmen, daß der Völkerbund in diesen 42 Jahren sich in seinem Geist nicht wandeln wird? Und so groß auch unsere Bedenken sind, dem Völkerbunde heute beizutreten, diese Bedenken werden nicht 42 Jahre dauern. Das Netz, das heute um uns gesponnen ist, wollen wir allerdings nicht zu gering achten und wir wollen uns seiner erwehren, aber so wie Minister Simons es tat, der das rückhaltlose Bekenntnis zur Idee der christlichen Völkerversöhnung, wie sie auch der päpstliche Stuhl in seinem Rundschreiben vom Pfingsttage 1920 in Worte gefaßt hat, den Gedankengängen unserer Gegner gegenüberstellen.

Fortsetzung der Aussprache in der französischen Kammer.

WTB. **Paris**, 9. Febr. (Tel.)

In der gestrigen **Kammersitzung** wurde zu Beginn ein Gesetzentwurf über die Schaffung von Grabstätten für während des Krieges gefallene Deutsche angenommen und dann zur **Fortsetzung der Debatte über die auswärtige Politik** der Regierung und über das **Pariser Abkommen** geschritten.

Als erster Redner ergriff der Abg. **de Mogallon** das Wort, um in seiner Rede, die er am Freitag nicht beenden konnte, fortzufahren. Nach seiner Ansicht kann man sich keine Illusionen machen über das, was man von einem besiegten Feinde erwarten könne, als was man sofort erhalte. England sei so klug gewesen, sofort die deutsche Flotte zu verlangen. Er zweifele, daß Deutschland bezahlen wolle. Man müsse das Ruhrgebiet besetzen und das Rheinland der preußischen Beherrschung entreißen. Es sei eine Friedenspolitik, die darin liege, Deutschland zu entpreußen. Frankreich müsse sich an die öffentliche Meinung der gesamten Welt, an alle raisonnablen Leute wenden, um seine Lage auseinander zu setzen. Man müsse mit den Kriegsdrohungen, die die Welt beunruhigen, aufhören.

Abg. **Klotz** ergreift das Wort und sagt, es handele sich darum, den Friedensvertrag von Versailles mit dem Abkommen von San Remo, Boulogne, Spaa und Paris in Einklang zu bringen. Die Geschichte allein würde über dessen Wert entscheiden. Man habe ein neues Abkommen getroffen. Welches seien die finanziellen, militärischen und politischen Folgen desselben? Man verlange von der Kammer eine Entscheidung von hoher Bedeutung. Es frage sich, ob das Abkommen von Paris vorteilhafter sei für die Deutschen oder der Friedensvertrag von Versailles. Klotz glaubt, daß dies eine Tatsache sei. Nach seiner Ansicht handele es sich vielleicht nicht um eine Abänderung des Friedensvertrages, sondern um ein Zusatzprotokoll, das der Ratifizierung der Kammer unterliege. Die vorgesehenen Zwangsmaßnahmen seien dem Schuldner noch nicht mitgeteilt worden, sondern Briand erklärte, die Sanktionen seien Angelegenheit der Alliierten. Nur die Beschlüsse würden Deutschland mitgeteilt. Nach dem Friedensvertrag von Versailles dürfe es hierüber Bemerkungen machen, die die Alliierten annehmen oder zurückweisen könnten. Wenn wir den Deutschen die Zwangsmaßnahmen mitgeteilt hätten, hätte es den Anschein erwecken können, daß es den Deutschen gestattet wäre, darüber Bemerkungen zu machen. Nach seiner Ansicht stellt das Abkommen von Paris ein forfait mit einem Diskont von 10 Proz. dar. Man habe das Ergebnis der feststehenden Jahreszahlungen auf 54 Milliarden Goldmark und das der abänderungsfähigen Jahreszahlungen auf 24 Milliarden Goldmark festgesetzt. Nach Klotz könne man in der internationalen Finanzwelt jemand finden, die Dollars-, Pfund Sterling- und Guldendarlehn bewilligen würden, um Waren zu kaufen. (Minister Loucheur ruft dazwischen: Das brauchen wir nicht!) Klotz fährt fort: Es sei unerläßlich, daß die Kammer darüber Auskunft erhalte, ob Frankreich 54 Milliarden Goldmark von Deutschland erhalte. Wie hoch sei gegenüber dieser Summe die auswärtige Schuld Frankreichs. Amerika schulde man 16 Milliarden. Er zweifele nicht daran, daß die Engländer und Amerikaner in betracht zieh en würden, welche Opfer Frankreich für die gemeinsame Sache gebracht habe. Er wolle, daß die Regierung aus dieser Debatte besser gewappnet hervorgehe, deshalb müsse man Gewißheit haben. Klotz spricht alsdann von der Annullierung der interalliierten Kriegsschulden. Jetzt habe Frankreich ohne Gegenleistung an seinen Forderungen einen Nachlaß gewährt.

Ministerpräsident **Briand** erklärt, man habe bis zum Mai den gesamten Betrag der Reparationsschuld feststehen müssen. Das habe gewisse Hindernisse gebracht, aber durch ein Einverständnis mit den Alliierten sei man darüber hinweggekommen. Das sei das wesentliche des Verdienstes der Konferenz von Paris. Ohne dieses Uebereinkommen wäre der Friedensvertrag isoliert. Zwischen dem Abg. Klotz und dem Ministerpräsidenten entspinnt sich eine längere Aussprache. Klotz sagt: Ich hoffe, daß die Regierung auch mit anderen Verbündeten von der Mobilisierung unserer Schulden gesprochen hat. Briand entgegnete: Wenn ich nicht daran gedacht, wäre ich nicht würdig, an dieser Stätte zu stehen. Klotz fährt fort: Ich zweifle nicht daran, aber Sie haben gesagt, daß das Instrument Frankreichs, also der Friedensvertrag von Versailles, nicht lebendig sei. Haben wir heute etwas lebendigeres vorzuzeigen? Briand antwortete: Nein, Herr Klotz. Auch in 14 Tagen werde ich Ihnen nicht die Lösung aller Probleme bringen können, die Sie über ein Jahr vergeblich zu lösen versucht haben. Ich habe mich zu einer öffentlichen Diskussion vor der Kammer entschlossen, um ihr zu gestatten, ihre Verantwortlichkeit zu nennen. Das ist ein Vorteil, den wir hier nicht immer gekannt haben. (Heiterkeit.) Ich habe gesagt, was noch zu erledigen bleibt, und ich wiederhole mit Nachdruck, daß ich die Verantwortung der ganzen Kammer nötig habe, um die Verhandlungen fortzusetzen. — Abg. Klotz erwidert: Sie wollen jetzt die Verantwortlichkeit der Kammer anstelle Ihrer eigenen Verantwortlichkeit setzen. Sie hätten nur Autorität nötig gehabt, die Ihnen die Kammer einmütig gewähren wird, aber nur unter der Bedingung, daß Sie unsere eigene Verantwortlichkeit nicht engagieren. — Briand sagt: Ich habe der Kammer, deren allgemeines Vertrauen mir bisher bewilligt wurde, Aufklärungen über das erste Abkommen der Alliierten gegeben. Das war meine Pflicht. Sofort ist man mit Interpellationen gekommen und man hat von mir Aufklärung verlangt. Man wollte auch, daß ich schon im Voraus über alle Verhandlungen berichten sollte. Ich habe Ihnen kein Protokoll zur Unterschrift vorgelegt. Ich habe Ihnen aber eine allgemeine Orientierung gegeben. Das ist eine viel größere Klarheit, als damals, als man von uns verlangte, den Friedensvertrag abzulehnen oder anzunehmen. Jetzt handelt es sich darum, **ob die Kammer Vertrauen in die Regierung hat oder nicht.** — Klotz sagt: Es handelt sich jetzt um das Leben eines Volkes, also nicht um eine einfache Vertrauensfrage für die Regierung. Frankreich müsse den Zinsendienst der Anleihe zu seinen Lasten nehmen, um die Reparationen zu bezahlen, die Deutschland schulde. Das sei nicht nur gegen den Waffenstillstandsvertrag, sondern entspreche auch nicht dem Frieden. Selbst Graf Brockdorff-Rantzau habe in seinen Gegenvorschlägen die Reparationspflicht anerkannt. Er habe zugestanden, daß der deutsche Steuerzahler mindestens ebenso viel bezahlen solle, wie der alliierte Steuerzahler. Mit den 14 Punkten Wilsons hätten die Deutschen die Entschädigungsfrage angenommen, sonst wäre der Waffenstillstand nicht geschlossen worden. Es sei nicht möglich, daß die französische Kammer die neuen Vorschläge prüfe, bevor nicht das deutsche Budget umgestaltet werde. Der deutsche Steuerzahler zahle nur 15, der französische aber 30 Prozent. Die Kammer könnte heute nicht abstimmen, bevor sie nicht klare Aufklärung habe über die Mobilisierung der französischen Forderungen, die Vereinbarungen über die Flüssigmachung der französischen Forderungen und besonders über die Regelung der äußeren Schuld, über die Aufrechterhaltung der territorialen Sicherheit und über die Finanzpolitik. Man solle versichert sein, daß der französische Steuerzahler nicht die Zinsen zahlen müsse für die Summe, die Frankreich vom Besiegten zu erhalten habe. — Loucheur sagte, er verstehe, daß die Kammer Klärung verlange, bevor man nach London gehe. Deutschlands Schuld beträgt 200 bis 210 Milliarden Goldmark. Davon erhalte Frankreich 52 Prozent. Man rechne damit, daß der Wechselkurs in 8 Jahren normal sei. Der Abg. Tardieu will unterbrechen. Loucheur ersucht ihn, davon Abstand zu nehmen, um dem Lande nicht das Schauspiel zu geben, daß zwei Männer wie er und Tardieu, sich in der Kammer zanken. Loucheur erläutert dann des näheren, daß im Friedensvertrag alles von der Wiedergutmachungskommission abhänge, und vergleicht die Ziffern des Vertrages mit dem Abkommen von Paris. Er macht große Reserven hinsichtlich der in der Oeffentlichkeit bis jetzt aufgestellten Berechnungen und fährt fort: Wir erkennen an, daß Frankreich auf der Pariser Konferenz Opfer gebracht hat. (Bewegung.) Vor einem Jahr hätten die Alliierten den bedeutendsten Finanzleuten den Auftrag gegeben, zu erklären, wie man Deutschland dazu bringen könne, 200 Milliarden Goldmark zu zahlen. Es sei Irrtum, zu glauben, daß Deutschland anders zahlen könne, als mit den Reichtümern, die es durch den Export erwerbe. Man sage, Deutschland könne Frankreich nur zahlen, indem es Frankreich auf dem Weltmarkt zu seinen Ungunsten Konkurrenz mache, aber nur Konkurrenz mache, wenn man es gehen lasse, und keine Konkurrenz, wenn man zu handeln verstehe. Das hätte er mit Klotz und Tardieu zu machen versucht. Die deutsche Handelsbilanz müsse 12 bis 13 Milliarden Goldmark aktiv bleiben. Er glaube, daß die deutsche Einfuhr 20 bis 25 Milliarden Goldmark betragen könne. Die Deutschen haben vor dem Kriege für 13 Milliarden exportiert. Wenn man ihm den Wert von Elsaß-Lothringen, dem Saargebiet und Oberschlesien anrechne, gelange man auf 10 Milliarden für 5 oder 6 Jahre. Nach seiner Ansicht könne der Export von Deutschland und Frankreich in den folgenden Jahren sich verdoppeln. Die Annuitäten, die Graf Sforza als sehr richtig bezeichnete, bestehen darin, daß Deutschland 12 Proz. der eingelaufenen Auslandsdevisen mit Hilfe seiner Steuerzahler zurückzahlen müsse. Die deutschen Steuerzahler müßten ebenso hoch belastet werden, wie die französischen Steuerzahler. Die Besatzungstruppen blieben außerhalb der Frage. Frankreich hätte für seine Pensionen usw. jährlich 2½ Milliarden auszugeben. Für die verwüsteten Gebiete sind auf 10 Jahre 80 Milliarden verteilt. Nach dem Rückgang der Materialpreise werde man mit 12 Milliarden mehr ausrichten, als jetzt. Auf die Frage, ob man die Forderungen mobilisieren könne, antwortete Loucheur, England habe sich verpflichtet, in den nächsten 5 Jahren seine eigenen Forderungen nicht flüssig zu machen und Frankreich seine Märkte zu öffnen. Wir haben Obligationen vorgesehen, die wir absetzen können. Deutsche Lieferungen wolle man nur zulassen, soweit sie der französischen Industrie keinen Schaden zufügen. Rohmaterialien im Gegenteil, die der französischen Industrie fehlten, und auch eine Steigerung der Kohlenlieferungen seien für Deutschland ein Zahlungsmittel. Nach Ansicht von Loucheur müsse man auch mit der Entwickelung der Norddepartements rechnen. Loucheur sieht bei den Ergebnissen der Anleihe jährlich, wenn man die Pensionen und Reparationen bezahle, nur ein Defizit von einer Milliarde voraus.

Der Abg. Favre warf Loucheur vor, daß er den Friedensvertrag verkannt habe. Loucheur sagt, das sei nicht der Fall. Alles, was die Konferenz von Paris entschieden habe, sei im Vertrage enthalten. Er beglückwünsche sich, daß er in das Abkommen von Paris die Sanktionen eingeführt habe. Es entsteht eine Auseinandersetzung zwischen Klotz und Tardieu einerseits und Loucheur andererseits. Tardieu verlangt, daß Loucheur gewisse Fragen gestellt werden hinsichtlich der Regelung der Schulden. Loucheur antwortet, diese Frage seien gestellt worden. Die Antwort sei zunächst negativ gewesen. Aber die Verhandlungen seien wiederaufgenommen worden und ständen keineswegs ungünstig. Loucheur schloß: Frankreich habe eine Formel zu finden versucht, die die Hoffnung gestatte, daß Frankreich einst das erhalte, was man ihm schulde.

Die Debatte wird auf Wunsch Briands auf Mittwoch vertagt.

*

London und die deutsche Antwort.

WTB. **London**, 9. Febr. (Telegr.) Reuter meldet aus Berlin: In dortigen britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der Antwort sei versöhnlicher, als ursprünglich erwartet worden sei, und dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von bedachtsamen und einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

*

Zur Lage in Bayern.

WTB. **München**, 9. Febr. (Tel.) Der „Bayer. Courier", das Blatt der bayerischen Volkspartei, schreibt zur politischen Lage, die Beratungen der Fraktionen werden morgen fortgesetzt werden. Zu irgendwelcher **Beunruhigung bestehe kein Anlaß.** Alle Gerüchte von einer **Koalitionskrise** oder Regierungskrise seien **völlig grundlos.**

*

Auflösung der württembergischen Einwohnerwehr.

Stuttgart, 9. Febr. (Tel.) Im württembergischen Landtag erklärte der Minister des Innern, daß er sich in der **Entwaffnungsfrage** in voller Uebereinstimmung mit dem Reichskommissar befinde. Die **württembergische Einwohnerwehr** werde nach entsprechender Anweisung der Reichsregierung **aufgelöst** werden.

Hindenburg beim Stapellauf eines Dampfers

Bremen, 9. Febr. (Tel.) Auf der Werft des Bremer „Vulkan" in Vegesack fand gestern der **Stapellauf des Dampfers „Hindenburg"** in Anwesenheit des Generalfeldmarschalls, des Generals Ludendorff und der Angehörigen der Familie Hindenburgs statt. Bei der Taufe sagte Hindenburg u. a.: Gehe denn hin über das weite Meer und zeige der Welt, daß Deutschland den Willen hat, mit allen Völkern in Frieden zu leben, solange es unsere Ehre erlaubt, und knüpfe ein Band zwischen ihnen und uns, das die Menschheit einander näher bringt und den neidlosen Austausch der Erzeugnisse ihrer Geistesarbeit, ihrer Händearbeit und ihres Fleißes ermögliche. Das ist der treue Wunsch eines alten Soldaten. — Nach diesen Worten erfolgte der Stapellauf glatt und ohne Zwischenfall. **Die nach Zehntausenden zählende Volksmenge brachte Hindenburg begeisterte Huldigungen** dar. Vor dem Stapellauf hatte eine Abstimmung der Arbeiterschaft stattgefunden, bei der sich die 300 Angestellten einstimmig, die Arbeiterschaft mit 30 Stimmen Mehrheit für den Namen „Hindenburg" entschieden.

TU. **Bremen**, 9. Febr. Der Besuch des Ehrenbürgers der Stadt Bremen, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, hat sich zu einer großen nationalen Kundgebung gestaltet. Die Stadt ist mit schwarz-weiß-roten Fahnen geflaggt. Eine dichtgedrängte Menschenmenge umlagert das Portal des Hotel Heilmann, um immer wieder den greisen Feldmarschall zum Erscheinen am Fenster zu veranlassen. Der Generalfeldmarschall wurde mit Blumen geradezu überschüttet.

Eine Unterredung mit Hindenburg.

TU. **Bremen**, 9. Febr. Die „Bremer Stadtztg." veröffentlicht eine Unterredung mit dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Mit sichtlichem Interesse äußerte sich Hindenburg über **den politischen Umschwung in Bremen.** Ja, warf er ein, einig müssen wir uns sein; unser Unglück ist unsere Eigenbrödelei. Auf das Gebiet der hohen Politik kommend, betonte Hindenburg, daß die militärischen Führer Frankreichs die Angst vor Deutschland nicht los werden könnten. Dafür sei vor allem wohl die abnehmende Bevölkerungsziffer Frankreichs der Grund. Das Verlangen der Franzosen nach dem Ruhrgebiet hält Hindenburg für eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr. Dadurch aber dürfe sich die Regierung nicht einschüchtern lassen. Nach seiner Kenntnis habe sich bei den Amerikanern bereits ein Umschwung in der Stimmung vollzogen. Der Abstimmung in Oberschlesien sieht Hindenburg voll Vertrauen entgegen. Die Vorgänge in Oberschlesien müßten abschreckend gegenüber Polen wirken. Dazu komme der Valutaverlust bei einem Uebergang an Polen und nicht zuletzt die Aussicht für die Oberschlesier, gegebenenfalls in das polnische Heer zum Kampfe gegen Rußland eingestellt zu werden. Der Bolschewismus in Ostpreußen flaue sichtlich ab. In den Städten wolle man von den Kommunisten nichts mehr wissen, wie ihm Herr v. Batocki vor einiger Zeit geschrieben habe.

Der Fall van den Kerkhoff in juristischer Beleuchtung

Von einem juristischen Mitarbeiter unserer Zeitung gehen uns folgende Ausführungen zu:

1. Am 23. Juni 1920 hat der Untersuchungsrichter am Landgericht Elberfeld gegen den Fabrikdirektor van den Kerkhoff Voruntersuchung eröffnet wegen verschiedener Steuerdelikte; gleichzeitig hat der Untersuchungsrichter die Vornahme einer Hausdurchsuchung bei van den Kerkhoff und die Beschlagnahme der für das Strafverfahren erheblichen Geschäftsbücher und Geschäftspapiere angeordnet. Die Durchsuchung ist am Vormittag des 24. Juni vorgenommen worden, dabei sind zahlreiche Geheimbücher und Korrespondenzen beschlagnahmt, auch der Kassenschrank des van den Kerkhoff amtlich versiegelt worden. Am 24. Juni nachmittags ist der Reichstag, der die Nationalversammlung abgelöst hatte und in den van den Kerkhoff gewählt worden ist, in Berlin zusammengetreten. Am 28. Juni brachte die deutschnationale Partei einen schleunigen Antrag ein des Inhalts, die Reichsregierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abgeordneten van den Kerkhoff beim Landgericht Elberfeld und beim Finanzamt in Bohwinkel wegen Steuerhinterziehung schwebende Strafverfahren für die Dauer der Reichstagssession aufgehoben, die beschlagnahmten Sachen zurückgegeben, sowie auch allen sonstigen in Verfolg des Strafverfahrens angeordneten Maßnahmen aufgehoben werden. Dieser Antrag der u. a. von dem Angeschuldigten van den Kerkhoff und von dem Abgeordneten Dr. Helfferich unterzeichnet war, ist in der Reichstagssitzung vom 30. Juni angenommen worden. Es geschah dies auf den Vorschlag des Berichterstatters, der ausführte, daß das Verfahren gegen den Abgeordneten van den Kerkhoff ungesetzlich gewesen sei und eine schwerwiegende Verletzung der Immunität des Abgeordneten enthalte. Diese Ausführungen waren, wie der Berichterstatter in der Reichstagssitzung vom 30. Juni auf Ersuchen des Reichsjustizministers zugeben mußte, unrichtig. Das Verfahren gegen den Abgeordneten van den Kerkhoff war rechtlich einwandfrei, eine Verletzung der Immunität lag nicht vor. Der Entschluß des Reichstages, das Verfahren gegen van den Kerkhoff wegen Steuerhinterziehung aufzuheben, war insofern widerspruchvoll, als der Reichstag im Falle Erzberger einen Beschluß auf Einstellung des Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung nicht gefaßt hat. Ein Unterschied bestand allerdings in der Hinsicht, daß der Abgeordnete Erzberger wiederholt erklärt hat, daß er die gerichtliche Aufklärung der Angelegenheit in seinem eigenen Interesse wünsche und eine Berufung auf seine Immunität als Abgeordneter ablehne, während der Abgeordnete van den Kerkhoff die Einstellung des Verfahrens unter Bezugnahme auf seine Abgeordnetenqualität selbst beantragt hat. Das ändert jedoch an der rechtlichen Beurteilung des Sachverhaltes nichts.

2. Nachdem der Reichstag die Aufhebung des Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode beschlossen hatte, mußte der Untersuchungsrichter die Fortführung der Untersuchung wegen der Steuerhinterziehung einstellen und damit die weitere amtliche Aufklärung des Sachverhaltes unterlassen. Selbstverständlich durfte diese Aufhebung des Strafverfahrens nicht dazu führen, das schon gewonnene Beweismaterial und Beweisergebnis wieder zu beseitigen; denn es handelt sich bei der Aufhebung des Strafverfahrens gegen einen Abgeordneten nur um eine vorübergehende Unterbrechung zur Sicherung der Ausübung der Abgeordnetentätigkeit, die nicht dazu führen darf, die Sicherung des Beweises unmöglich zu machen und den Tatbestand zu verdunkeln. Es war deshalb die Auffassung der deutschnationalen Partei und des Berichterstatters, daß die beschlagnahmten Sachen zurückzugeben und alle in Verfolg des Strafverfahrens angeordneten Maßnahmen aufzuheben seien, unrichtig. Der Untersuchungsrichter hatte allein darüber zu entscheiden, ob und welche seiner zur Durchführung gelangten Maßnahmen rückgängig zu machen seien. Keinesfalls war der Angeschuldigte van den Kerkhoff berechtigt, eigenmächtig untersuchungsrichterliche Maßnahmen zu beseitigen. Er durfte insbesondere nicht seinen Kassenschrank unter eigenmächtiger Beseitigung des richterlichen Siegels öffnen, und er machte sich, wenn er dies vorsätzlich tat, gemäß Paragraph 137 des Strafgesetzbuches strafbar, der mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark denjenigen bestraft, welcher Sachen, die durch die zuständigen Behörden oder Beamten in Beschlag genommen worden sind, vorsätzlich beiseite schafft oder in anderer Weise der Verstrickung teilweise oder ganz entzieht. Vorsätzlich handelt auch der, welcher mit dem sogenannten Eventualdolus handelt.

3. Aus dem Wortlaut des Antrages der deutschnationalen Partei und des Beschlusses des Reichstages geht hervor, daß der Abgeordnete van den Kerkhoff in zwei Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung verwickelt ist: in eines, das beim Landgericht Elberfeld, und eines, das beim Finanzamt Bohwinkel anhängig ist. Im letztgenannten Fall handelt es sich offenbar um ein nach Paragraph 386 ff. der Reichsabgabenordnung eingeleitetes Verwaltungsstrafverfahren. Beide Verfahren waren vorläufig einzustellen, nachdem der Reichstag das Verlangen nach Aufhebung gestellt hatte. (Artikel 37, Absatz 3 der Reichsverfassung.) Bei dieser Rechtslage ist es für den Juristen schwer verständlich, wie trotzdem das Verwaltungsstrafverfahren von dem Finanzamt Bohwinkel weiterbetrieben und zum Abschluß gebracht werden konnte und wie das Finanzamt Bohwinkel dazu gekommen ist, dem Abgeordneten van den Kerkhoff eine Bescheinigung des Inhalts auszustellen, daß er freiwillig alles ihm zur Verfügung stehende Material dem Finanzamt gegeben habe und daß das Finanzamt die gegen van den Kerkhoff erhobenen Anschuldigungen nicht für begründet halte. Diese Erklärung ist umso befremdender, wenn man berücksichtigt, daß sie auf Grund eines Aktenmaterials erfolgt ist, das durch Aktendiebstähle und durch Entwendung der Geheimbücher aus dem Kassenschrank lückenhaft geworden ist.

4. Im Falle van den Kerkhoff sind wiederum, wie im Falle Erzberger, Steuerakten entwendet worden, diesmal zu dem Zweck, ihre Verwertung zum Nachteil des Angeschuldigten zu verhindern, während die Entwendung im Falle Erzberger stattgefunden hat, um die Verwertung der Steuerakten zum Nachteile des Angeschuldigten sicherzustellen. Angesichts dieser Vorgänge ist man geneigt die moralische Qualität mancher Steuerämter in Frage zu stellen. Im Interesse der Staatsautorität, der Beamtendisziplin und nicht zuletzt der Steuerzahler muß von den Strafverfolgungsbehörden verlangt werden, daß sie dieser äußerst bedenklichen Erscheinung mit größter Entschiedenheit und Schärfe begegnen. Dies Verlangen ist umso mehr begründet, als der Mißbrauch der Steuerakten im Falle Erzberger schon vor 1 Jahr erfolgt ist, ohne daß man bisher von einem wirksamen Einschreiten der Staatsanwaltschaft etwas vernommen hätte. Nicht einmal der Verletzte soll bisher gehört worden sein. Wenn man dem gegenüberstellt, wie gewissenhaft die Staatsanwaltschaft ihres Amtes waltet, wenn es sich um Anzeigen gegen die Person des Abgeordneten Erzberger handelt, so könnte man wirklich irre werden an der Unparteilichkeit der Rechtspflege

Sonstige Meldungen.

BB. **Magdeburg**, 8. Febr. (Telegr.) Blättermeldungen zufolge wurde das Dorf **Rajoch** bei Aken an der Elbe **von 15 Banditen überfallen.** Einige der Räuber konnten verhaftet werden.

WTB. **London**, 7. Febr. „Daily Expreß" berichtet, das Kriegsministerium habe alle Vorbereitungen zur schnellen Räumung Mesopotamiens getroffen. Mehrere Bataillone hätten schon Befehl erhalten, nach Indien zurückzukehren.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung?

TU. **Berlin**, 9. Febr. Das Reichsarbeitsministerium hat, laut „Confektionär", beschlossen, die Arbeitslosen- oder Erwerbslosenunterstützung von 10 auf 12 ℳ täglich zu erhöhen und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. November vorigen Jahres ab.

Deutschlands Dank an Amerika.

TU. **Berlin**, 9. Febr. Aus Anlaß der Ankunft des ersten Transports amerikanischer Milchkühe hat der Ernährungsminister Dr. Hermes den amerikanischen Spendern nachfolgendes Kabeltelegramm übermittelt: Glückliche Ankunft des ersten Transports Milchkühe gibt mir Veranlassung, allen Spendern für die tatkräftige Unterstützung bei Lösung schwierigen Problems tief empfundenen Dank auszusprechen. Erneut erwiesene amerikanische Opferfreudigkeit für das durch Hungerblockade erschöpfte deutsche Volk wird in weiten deutschen Kreisen aufrichtiges Gefühl der Dankbarkeit auslösen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (gez.) Dr. Hermes.

Eine Rede des Wehrministers in Tilsit.

TU. **Königsberg** i. Pr., 9. Febr. (Telegr.) Reichswehrminister Dr. Geßler sprach am Montag in Tilsit und sagte u. a.: Alle meine Bemühungen sind darauf gerichtet, unter allen Umständen Ostpreußen in Verbindung mit der großen deutschen Einheit zu erhalten. Ostpreußen muß vor allem das Schicksal eines neuen Einfalles erspart bleiben. Wir wissen, daß Polen an der Grenze Truppen zusammenzieht. Wir erwarten vom Völkerbund, daß er die uns gemachten Vorschläge wahr macht. Ich sage aber ganz offen, daß, wenn wider Erwarten sich diese Hoffnung nicht erfüllen sollte, wir alles daransetzen würden, um den deutschen Boden in Ostpreußen und sonst an der Grenze mit allen Mitteln zu verteidigen.

Meuterei in Kronstadt.

TU. **Helsingfors**, 9. Febr. (Telegr.) Ende Januar meuterte ein großer Teil der Matrosen in Kronstadt. Nach russischen Blättermeldungen wurde der ganze Hafen von den Meuterern besetzt und der Oberkommissar der Flotte verhaftet. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurden Truppen aus Moskau abgesandt, die in schwere Kämpfe mit den Rebellen verwickelt wurden. Da die meuternden Matrosen auch nach Petersburg kamen, wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

Städtisches.

Münster, 9. Februar.

Von der Universität. Wie wir hören, sind die a. o. Professoren in der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Münster, Lic. theol. Dr. phil. Walther Blame (Kirchengeschichte und systematische Theologie) und Lic. theol. Emil Balla (Alttestamentliche Theologie und Exegese) zu ordentlichen Professoren hierselbst ernannt worden.

* Der „Volkswille" ist über unsere Kritik an dem sozialdemokratischen Flugblatt außer Rand und Band geraten. Unter der Ueberschrift „Schamlose Geschichtslügen" läßt er eine maßlose Schimpfepistel los, auf die näher einzugehen sich nicht verlohnt. Das Geschimpfe des „Volkswillen" beweist nur, daß wir mit unseren Feststellungen das Richtige getroffen haben. Eine besondere Weisheit glaubt dann der „Volkswille" an den Tag zu legen, indem er behauptet: „Die christliche Kirche hat den Krieg gesegnet und mitsamt den bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, das Elend, das dadurch über das deutsche Volk hereingebrochen ist, verschuldet." Wenn er stillgeschwiegen hätte, wärs besser gewesen; mit diesem Satze beweist er nur seine Kirchen- und Religionsfeindlichkeit; in der er sich allerdings vor anderen sozialdemokratischen Zeitungen auszeichnet. Wahrscheinlich glaubt der „Volkswille" das mit Rücksicht auf seinen Erscheinungsort Münster tun zu müssen, wo er als Kulturträger gelten möchte. Wie man indes seine „Kultur" bewertet, dürfte er längst erfahren haben.

× **Stadttheater.** Am Dienstag Abend ging zum zweiten Mal „Die verkaufte Braut" in Szene, die auch jetzt wieder ein ausverkauftes Haus fand. Dank dem flotten Spiel auf der Bühne wie der einwandfreien Leitung des Kapellmeisters Rosenstein griff bald eine angeregte Stimmung Platz, die sich in lebhaften Beifallsbezeugungen kund gab. Besondere Worte der Anerkennung seien der Ballettmeisterin Anny Prescel gezollt. Mit ihrem gut geschulten Personal führte sie mehrere reizende böhmische Tänze auf, die sich dem Bühnenmilieu vortrefflich eingegliedert und verdientes Lob fanden. Sowohl im Ensemble des 1. und 2. Aktes als auch als Solotänzerin im vielseitigen Wittlaschen Zirkus zeichnete sie sich durch Gewandtheit und Virtuosität aus. Wenn ihrer in der ersten Besprechung der Oper versehentlich nicht gedacht worden ist, so sei dies hier um so lieber nachgeholt. Die Besetzung der übrigen Rollen war die gleiche wie am Sonntag, gut und belebend. Dank dessen wird das Werk noch manche Wiederholung finden — vor starkem Besuch.

Provinzielle Nachrichten.

□ **Olfen, 9. Febr.** Die **Stadtverordneten** beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Autobusverbindung Datteln über Olfen—Selm nach Selm—Beifang (Zeche „Hermann") und zurück. Die Westfälischen Kleinbahnen wollen den Autoverkehr einrichten. Nach deren Berechnung ist zur Deckung der Unkosten eine tägliche Einnahme von 1410 ℳ erforderlich. Wenn diese tägliche Einnahme von den drei Gemeinden Datteln, Olfen und Selm gewährleistet wird, soll der Verkehr zunächst versuchsweise für drei Monate aufgenommen werden. Selm hat bereits die anteilige Leistung übernommen. Die Olfener Stadtväter lehnten nach längerer Besprechung den Antrag auf Mitbeteiligung, wenn auch nur vorläufig, einstimmig ab. Man verkannte zwar nicht das rege Interesse der Stadt an der beabsichtigten Verkehrsverbindung, aber andererseits neigt man doch dazu, sich lieber an der seitens der Post geplanten Kraftwagenverbindung Datteln—Olfen—Selm zu beteiligen. Durch die Mitbeteiligung an diesem Projekt würden die einzelnen Gemeinden nur gering belastet.

* **Dorsten, 8. Febr.** Ein selbständiges **Mittelstandsamt** soll hier von dem Verein für Handel und Gewerbe in Verbindung mit dem Handwerk und den Innungen errichtet werden. Für dieses neue Mittelstandsamt soll ein eigener selbständiger Beamter angestellt werden. — Nachdem der bisher benutzte Sportplatz von dem Gesellenverein erworben worden ist, will die Stadt einen neuen Sportplatz an der Alleestraße errichten lassen. Die erforderlichen Herstellungskosten (3—4000 ℳ) sind von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt worden.

Dortmund, 8. Febr. Der gestern hier abgehaltene Gautag Westfalen des **Reichsverbandes deutscher Feinkost-Kaufleute** beschloß nach einer ausführlichen Aussprache über die Beschlüsse des Entwurfes der Sozialisierungskommission die Gründung des Gaues: Rhein.-Westf. Industriegebiet (unbesetztes Rheinland und Westfalen) mit dem Vorort Dortmund. Zum 1. Vorsitzenden wurde Marx-Dortmund, zum zweiten Welter-Essen gewählt. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung noch mit den einschränkenden Maßnahmen örtlicher Behörden gegenüber der freien Fleischbewirtschaftung.

⊙ **Sundwig** bei Iserlohn, 8. Febr. Zum **Bau von Wohnungen** für die minderbemittelte Bevölkerung stifteten das hiesige Messingwerk 200 000 ℳ und die Sundwiger Eisenhütte 50 000 ℳ.

□ **Steele, 9. Febr.** Die **„Pfarrhauskomödie"**, dieses Schmutzwerk gemeinster Art, ist am vergangenen Sonntag vom Freidenkerverein in Essen im hiesigen Tierpark aufgeführt worden. Leider hatten die katholischen Vereine mit der Einlegung eines Protestes, in der sie das Verbot der Aufführung forderten, beim Essener Polizeipräsidium kein Verständnis gefunden. Die Vorsitzenden der hiesigen 22 katholischen Vereine kirchlicher, wirtschaftlicher und politischer Richtung erlassen jetzt eine längere gemeinsame Erklärung, in der es u. a. heißt: „1. Soweit man durch die Aufführung die Ehre unserer Priester und Ordensleute hat beschmutzen wollen, berührt uns die Sache nicht; unsere Priester und Ordensschwestern stehen in unseren Augen und Herzen so turmhoch über den Veranstaltern dieses Theaterabends und ihren Hintermännern, daß eine Beleidigung von dieser Seite nicht an sie heranreichen kann! 2. Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Verhetzung und den Bruderzwist, der aufs neue in unsere Bevölkerung getragen wird in einem Augenblick, wo unser Volk wie eine Mauer zusammenstehen muß gegen die Niederträchtigkeit, mit der man die Jugend sittlich verdirbt und sie lehrt, „sich im Kote wälzen". Aus den Krankenhäusern, Gefängnissen und Zuchthäusern wird über Jahr und Tag der Fluch der Irregeleiteten die Veranstalter solcher „Bildungsabende" treffen."

Kirchliches.

* **Exerzitien im Mutterhause der Missionsschwestern** in Steyl (Post Kaldenkirchen) im Jahre 1921. Für Lehrerinnen: 23.—27. März (Karmittchoch—Ostersonntag). 6.—10. Sept. (Dienst.—Samst.). 3.—7. Oktober (Mont.—Freitag). Für Frauen: 3.—7. Mai (Dienst.—Samst.). 8.—12. Juli (Freit.—Dienst.). 2.—6. Aug. (Dienst.— Samstag). 16.—20. Sept. (Freit.—Dienst.). Für Jungfrauen: 26.—30. April (Dienst.—Samst.). 24.—28. Mai (Dienst.—Samst.). 27. Juni—1. Juli (Mont.—Freitag). 25.—29. Juli (Mont.—Freit.). 19.—23. Aug. (Freit.—Dienstag). 2.—6. Sept. (Freit.—Dienst.). 23.—27. Sept. (Freit. bis Dienstag). 14.—18. Oktober (Freitag—Dienstag). Für Frauen und Jungfrauen: 7.—11. Juni (Dienst.—Samstag). Für Witwen und alleinstehende Damen: 26.—30. Aug. (Freit. bis Dienstg). Für Beamtinnen und Studierende: 13.—17. August (Samst.—Mittwoch). Anmeldungen sind wenigstens drei bis vier Wochen vorher einzureichen. Es wird gebeten 80 Pfg. Rückporto beizulegen und die Namen nebst genauer Adresse anzugeben. Näheres zu erfragen: Mutterhaus der Missionsschwestern in Steyl, Post Kaldenkirchen (Rhld.).

Eine Pilgerfahrt nach Rom

plant der Verband der Vereine katholischer Akademiker zur Pflege der katholischen Weltanschauung für die Tage vom 9. bis 21. Mai. Wie berichtet wird, hat der Heilige Vater wissen lassen, daß er es besonders freudig begrüßen würde, wenn dieser so überaus segensreich wirkende Verband recht bald und mit möglichst vielen Teilnehmern die Ewige Stadt besuchte. Die Verbandsleitung ist überzeugt, daß dieser Wunsch lebhaftesten Widerhall in den Herzen der Mitglieder und darüber hinaus in den Herzen aller Intellektuellen finden wird. Ihren Ortsgruppen hat sie durch Rundschreiben den Plan mitgeteilt. Heute ladet sie auch die übrigen gebildeten Katholiken Deutschlands zur Teilnahme ein. Zugelassen werden außer den ordentlichen Mitgliedern (deren Anmeldung nur durch ihren Ortsverein zu erfolgen hat) auch solche gebildete Damen und Herren, die sich durch Zahlung des jährlichen „Gönner"-(mindestens 10 Mark), „Förderer"- (mindestens 50 Mark) oder des einmaligen „Stifter"-Beitrages (mindestens 1000 Mark) in ein Freundschaftsverhältnis zum Gesamtverbande stellten. (Anmeldungen und Zahlungen dieser Art nimmt das Generalsekretariat in Köln, Viktoriastraße 15, entgegen. Postscheckkonto: Köln 52 517. Bankkonto: A. Schaffhausenscher Bankverein in Köln.) Diese mögen ihre Teilnahme an der Romfahrt bis zum 20. Februar unter Angabe ihrer genauen Briefanschrift und unter Beifügung von Rückporto unmittelbar dem Generalsekretariat in Köln, Viktoriastr. 15, anmelden. — Für die Pilgerfahrt wurde bisher folgender Plan festgelegt: Ausgangs- und Endpunkt ist der bayerische Gnadenort Altötting; die Reise 2. Klasse geht über den Brenner; wahrscheinlich werden Padua oder Florenz auf der Hinreise besucht und Assisi auf der Rückreise. Die Kosten für Fahrt und Verpflegung werden sich voraussichtlich zwischen 2500 und 3000 Mark halten. Es ist ferner schon ziemlich sicher, daß vereinzelte Teilnehmer nicht an die gemeinsame Rückfahrt gebunden sind, sondern ohne Erhöhung des Fahrpreises später allein zurückreisen dürfen. Näheres wird den Teilnehmern brieflich bekanntgegeben, sobald die Vorbereitungen beendet sind.

Wissenschaft und Kunst.

⊡ **Berlin, 7. Febr.** Die bekannte Sängerin Frieda Hempel in Newyork hat den Ertrag eines Konzertes den notleidenden deutschen Kindern gespendet. Die Spende beträgt 170 000 ℳ und wird folgendermaßen verteilt: 30 000 ℳ erhält der Reichskanzler, dieselbe Summe der Berliner Magistrat und die Bühnengenossenschaft, je 10 000 ℳ die beiden Staatstheater und 20 000 ℳ die Ferienkolonie. Auch dem Verein Berliner Presse ist eine größere Summe zugedacht.

⊙ **Leipzig, 8. Febr.** Ein von Max Klinger stammender überlebensgroßer Elpskopf von Richard Wagner, der für das geplante Richard Wagner-Denkmal in Leipzig bestimmt war, ist von Klingers Witwe der Stadt Leipzig überlassen worden. Dieser Kopf ist aus Stiftungsmitteln in Bronze ausgeführt worden und soll auch auf einem Marmorsockel im Klingersaal des Leipziger Museums der bildenden Künste Aufstellung finden.

○ **München, 7. Febr.** Am Samstag abend kam es in München bei der siebenten Aufführung von Schnitzlers „Reigen" im Münchener Schauspielhaus zu einem großen Skandal. Es wurde geschrien, gepfiffen, gepfiffen und mit Stinkbomben geworfen, so daß die Schutzmannschaft einschreiten und die Vorstellung polizeilich geschlossen werden mußte. Die Polizei hat hierauf das Stück verboten.

Eine vaterländische Dramenreihe von Sudermann.

Hermann Sudermann läßt demnächst eine Trilogie erscheinen, die unter dem Titel „Das deutsche Schicksal" das innere und äußere Schicksal Deutschlands seit dem Ausbruch des Weltkrieges nachzuweisen versuchen soll. Das erste Stück „Heilige Zeit" — szenische Bilder in vier Akten und einem Nachspiel — führt in die Augusttage des Jahres 1914, in die heilige Zeit der vaterländischen Verbrüderung des gesamten deutschen Volkes. Von diesen schönen Tagen führt uns das vieraktige Schauspiel „Opfer" in die Zeit des Niederganges, da die beginnende Erschütterung unserer Widerstandskraft das deutsche Volk dazu zwang, Opfer auf Opfer zu bringen, die uns dann schließlich doch nicht vor dem Zusammenbruch schützten. Und aus diesem heraus tönt der Notruf der gefolterten Nation, dem Sudermann in dem letzten Stück, dem fünfaktigen Drama „Notruf" Ausdruck verleihen will. Diese gewaltige Wandlung, die ganze Tragödie des deutschen Volkes, wird in der Sudermannschen Trilogie an der Darstellung von Einzelschicksalen aufgerollt.

Vermischtes.

Streik in der Herrenkonfektion.

Berlin, 8. Febr. Der Verband der Schneider- und Wäschearbeiter Deutschlands hat für heute den Streik der Herrenkonfektionsarbeiter in ganz Deutschland proklamiert. Der Streik, von dem nach den Angaben des Arbeitnehmerverbandes im ganzen etwa 30 000 bis 32 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden, hat heute morgen eingesetzt. Der Grund dieses Konfliktes liegt in der Verzögerung der Verhandlungen über den Reichstarif, die bereits seit etwa 1½ Jahren geführt werden. Die letzten Verhandlungen, die in Frankfurt am Main stattfanden, wurden abgebrochen, weil über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des abzuschließenden Tarifs (die Arbeitgeber hatten den 15. April vorgeschlagen, die Arbeitnehmer dagegen den 15. Februar) keine Einigung erzielt werden konnte. In Berlin ist der Streik so gut wie vollkommen. In Frage kommen etwa hundert Betriebe der Herrenkonfektion mit rund 1500 Arbeitern. Ueber die Ausdehnung des Streiks im Reich läßt sich zurzeit noch kein Bild gewinnen. Die Maßschneiderei wird von diesem Streik nicht betroffen. Hier stehen die beteiligten Organisationen zurzeit in Lohnverhandlungen, die keinen Grund zu der Befürchtung geben, daß der Streik übergreifen könnte.

Parallel mit der Bewegung in der Herrenkonfektion läuft in Berlin seit heute ein Streik in der Blusen- und Kleiderkonfektion. Durch einen Schiedsspruch war der Arbeitgeberverband der Blusen- und Kleiderfabrikanten gehalten, mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband und den Zwischenmeisterorganisationen Tarife abzuschließen, die die Löhne der Näherinnen und die Zuschläge der Zwischenmeister regeln. Da die Arbeitgeber es in den Tarifverhandlungen ablehnten, über die Zuschläge der Zwischenmeister feste Abmachungen zu treffen, wurde der Streik von diesen Zwischenmeistern am 4. Februar beschlossen, und am letzten Samstag wurden alle Näherinnen in und außer dem Hause entlassen. Die im Bekleidungsarbeiterverband organisierten Arbeiter dieser Branche erklärten sich mit den Meistern solidarisch und traten gestern morgen die Arbeit gleichfalls nieder. Dieser Streik, der sich auf Berlin beschränkt, trifft weit mehr Personen, als der Streik der Herrenkonfektion. Die Zahl der Streikenden kann auf etwa 6000 geschätzt werden. Durch die Entlassung der Näherinnen und Heimarbeiterinnen erhöht sich die Zahl der Feiernden auf rund 30 000.

Nürnberg, 8. Febr. Nachdem die Verhandlungen betreffend Schaffung eines Reichstarifs für die Herren- und Knabenkonfektion gescheitert sind, haben sich die Mitglieder durch Urabstimmung mit 90 Prozent für den Streik entschieden. Der Vorstand und der Beirat des Bekleidungsarbeiterverbandes und alle übrigen beteiligten Organisationen haben einstimmig dem Streik zugestimmt.

Sport.

× **Münster, 8. Febr.** In der letzten Kreisausschußsitzung wurde der Ballspielverein 99 Osnabrück vom 12. Dezember 1920 bis zum 1. März 1921 disqualifiziert. Genannter Verein hat sein Nichtantreten gegen Viktoria-Recklinghausen am 12. Dezember durch falsche Aussagen zu rechtfertigen gesucht, welche jedoch in der eingangs erwähnten Sitzung widerlegt wurden. Alle von dem Tage der Disqualifikation ausgetragenen Meisterschaftswettspiele gehen für B. V. O. verloren. Durch diesen Umstand tritt eine wesentliche Aenderung in dem Stande der Ligatabelle ein. Nach den am vergangenen Sonntage ausgetragenen Spielen hat die Tabelle folgendes Aussehen:

Verein	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Tore für	gegen	Pkte.
Preußen	16	12	2	2	47	17	26
Gronau	16	11	2	3	36	20	25
Victoria	16	11	5	—	42	15	22
O. T. V.	14	7	2	5	23	18	19
T. V. M.	15	7	6	2	26	24	16
S. C. M.	15	5	8	2	18	29	12
Borussia	15	4	9	2	16	31	10
V. V. 99	13	4	8	1	20	22	9
V. f. R.	13	2	9	2	11	25	6
Sp. V. 08	16	2	13	1	19	61	5

Die Meisterschaft liegt jetzt zwischen Preußen-Münster und F. C. Gronau. Am kommenden Sonntag wird die Frage nach dem Kreismeister endgültig geklärt werden, denn die beiden Spitzenreiter treffen sich an diesem Tage im Entscheidungskampfe. In der ersten Spielserie unterlag Preußen in Gronau mit 3 : 1 Toren, in der zweiten Spielserie konnte Gronau mit 2 : 0 Toren gewinnen. Da die Preußen an diesem Tage ihren Mittelläufer Spieß für das Spiel Westdeutschland gegen Süddeutschland abgeben mußten, muß das zweite Treffen wiederholt werden. Der Ausgang des Spieles am kommenden Sonntag ist völlig offen. Man kann deshalb gespannt sein, wer diesmal Sieger bleiben wird.

Handels-Nachrichten.

* **Der Ausweis der Reichsbank vom 31. Januar** zeigt, wie in der vierten Monatswoche üblich, eine starke Zunahme der Anlagekonten und der fremden Gelder. Die bankmäßige Deckung ist um 4837,6 Millionen M auf 53 336,9 Mill. M gestiegen, die gesamte Anlage, d. h. die bankmäßige Deckung unter Einrechnung des Lombardkontos und des Wertpapierbestandes, hat sich um 4815,4 Mill. M auf 53 493,0 Mill. M gehoben. Der größere Teil des Gegenwertes der neu in Anspruch genommenen Kredite ist der Bank auf den Konten der fremden Gelder verblieben. Diese sind um 4407,1 Mill. M auf 15 834,0 Mill. M angewachsen. Der Zahlungsmittelumlauf (Banknoten- und Darlehnskassenscheine) hat sich während der vierten Januarwoche wieder vergrößert, und zwar um 562,4 Mill. M, nachdem in den ersten drei Wochen des Monats Rückflüsse in Höhe von insgesamt 3439,4 Mill. M ausgewiesen worden waren. Im einzelnen mußte der Banknotenumlauf diesmal um 602,4 Mill. M auf 66 620,8 Mill. M ausgedehnt werden, während sich der Darlehnskassenscheinumlauf durch Rückflüsse in Höhe von 40,0 Mill. M auf 11 340,5 Mill. Mark verminderte. Demgegenüber hatten in der vierten Januarwoche des Vorjahres die Abflüsse an Banknoten und Darlehnskassenscheinen 1615,5 Mill. M betragen. Bei den Darlehnskassen wurden in der Berichtswoche 111,1 Mill. M neu ausgeliehen, so daß die Summe der ausstehenden Darlehne sich am 31. Januar auf 34 224,2 Mill. M belief. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen wurde der Reichsbank zugeführt; ihre eigenen Bestände an solchen Geldzeichen erhöhten sich dadurch und durch die erwähnten Rückflüsse aus dem Verkehr auf 22 763,5 Mill. M.

* **J. P. Bemberg, A.-G. in Barmen-Rittershausen.** Die ordentliche Hauptversammlung, in der 26 Aktionäre 1 913 000 M Aktienkapital vertraten, genehmigte den Jahresabschluß, setzte die Dividende mit 20 Proz. (wie i. V.) sofort zahlbar und wählte ein ausscheidendes Aufsichtsratsmitglied wieder. Die Versammlung beschloß ferner die Erhöhung des Aktienkapitals von 7,5 auf 15 Mill. M durch Ausgabe von 7500 ab 1. April 1921 dividendenberechtigten Stammaktien, die an ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank mit der Verpflichtung begeben werden, sie den alten Aktionären derart zum Bezuge anzubieten, daß auf jede alte eine neue Aktie zu 150 Prozent bezogen werden kann. Ferner beschloß die Versammlung die Ausgabe von 500 000 M 6proz. Vorzugsaktien zum Kurse von 105 Prozent an ein Konsortium unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre. Diese Vorzugsaktien haben einfaches Stimmrecht bei der Beschlußfassung über die Genehmigung des Jahresabschlusses und Verwendung des Reingewinns, sowie bei Entlastung des Aufsichtsrats und Vorstandes, sie haben aber 15faches Stimmrecht bei Beschlußfassung über Verlegung des Sitzes der Gesellschaft, Abänderung des Zweckes des Unternehmens, Wahlen zum Aufsichtsrat, bei Beteiligungen an anderen Unternehmungen und endlich bei Einschränkung der Selbständigkeit des Unternehmens. Die 6proz. Vorzugsaktien werden zum Schutz gegen Ueberfremdung ausgegeben und bleiben 10 Jahre in den Händen des Konsortiums. Sie dürfen nur an Mitglieder des Vorstandes weitergegeben werden. Zum Schluß genehmigte die Versammlung einige Satzungsänderungen, von denen hervorzuheben sind, daß der Aufsichtsrat im Hinblick auf die Kapitalserhöhung in Zukunft 8 Prozent gegen bisher 10 Prozent Tantieme bezieht. Der Kapitalsbedarf wurde begründet mit der starken Geldverteuerung und der Aufwendung erheblicher Mittel für Neuanlagen.

* **Celler Lederwerke, vorm. Fritz Wehl u. Sohn, A.-G. in Celle.** Das Jahr 1920 schloß mit einem Betriebsüberschuß von 2 387 223 M, so daß nach Abzug von 1 803 370 M für Löhne, allgemeine Unkosten usw. und 16 661 (17 137) M Abschreibungen sich einschließlich 205 771 M Vortrag aus 1919 ein Reingewinn von 772 364 (565 071) M ergibt, der wie folgt verteilt werden soll: wieder 16 Prozent Gewinnanteil 320 000 M, Rückstellung für Rücklage 70 00 M, Gewinnanteile und Vergütungen 110 800 M, Vergütungen an die Arbeiter und Zuführung zum Unterstützungsbestand für Angestellte und Arbeiter 50 000 (60 000) Mark, Vortrag auf 1921 218 363 (205 771) M. In der Bilanz zeigen Gläubiger 2 078 771 (1 980 024) M gegenüber Schuldnern 1 779 736 (1 444 756) M und Waren 3 181 912 M.

* **Telephon-Fabrik, A.-G., vorm. J. Berliner in Hannover.** Nach der „Frkft. Ztg." schafft sich die Gesellschaft, nachdem sie soeben schon eine Erhöhung des Aktienkapitals genehmigt erhielt, noch weitere Mittel durch eine von der Verwaltung selbständig beschlossene Obligationsanleihe. Es gelangen 10 Mill. 3proz. Schuldverschreibungen zur Ausgabe, welche die Commerzbank übernehmen und unter der Hand mit 98¾ Prozent verkaufen wird.

* **Universum Film A.-G. in Berlin.** Die geplante Erhöhung des Aktienkapitals von 25 auf 100 Millionen M tritt auch nach außen hin in die Erscheinung, und zwar dadurch, daß die Gesellschaft seit der Gründung anfangs des Jahres 1918 sich zu einer Organisation im In- und Ausland in einem Umfang ausgebaut hat, der über die bei der Gründung vorgesehenen Ausmaße hinausgeht. Die Eingänge aus der Kapitaltransaktion werden zur Abtragung der großen Bankkredite dienen, die die Ufa im Hinblick auf ihre bekannte große Filmproduktion hatte aufnehmen müssen. Ein anderer Teil soll zu der betrauten weiteren Ausdehnung des Geschäftsbereiches verwendet werden. Durch die beabsichtigte Erhöhung des Grundkapitals wird die Ufa in größerem Maße, als ursprünglich geplant war, auf privatwirtschaftliche Ziele eingestellt. Dementsprechend steht zu erwarten, daß die Reichsbeteiligung, die bisher ein Drittel des Aktienkapitals betrug, sich nicht entsprechend der Kapitalserhöhung erweitert. Dementsprechend wird auch eine Umgruppierung im Vorstand stattfinden. Den Vorsitz in der Direktion wird an Stelle des bisherigen Vertreters der Reichsgruppe der Vertreter der größten Aktienguppe übernehmen. Als solcher kommt Herr Rechtsanwalt Kalmann in Frage, der bekannt ist als führender Leiter der Auergesellschaft; der bisherige Delegierte des Aufsichtsrats, Herr Paul Bratz, wird in dieser Funktion auch weiterhin dem Vorstand zur Seite stehen und gleichzeitig im Arbeitsausschuß des Aufsichtsrats mitwirken, an dessen Spitze Dr. von Stauß steht. Herr Bratz wird im wesentlichen die internationalen Aufgaben des Konzerns fortführen, insbesondere die Kombination mit der amerikanischen Gruppe bearbeiten, die an der deutschen Produktion sich beteiligen wird. Der führende Einfluß für die deutsche Gruppe bleibt auch weiterhin gesichert. Die leitenden Fachleute der Ufa, Davidsohn und Jakob (Universum Filmverleih, Hansa Film und Frankfurter Filmverleih) werden nach unserer Information unter entsprechender Ausgestaltung ihrer Refforts in führender Position mitwirken. In den Aufsichtsrat werden ferner neu eintreten Bankier Schwartz in Fa. Goldschmidt u. Co., Generaldirektor Max Strauß, Karl Lindenström, sowie Max Komes in Fa. Komes u. Co. Es könne erwartet werden, daß der auf eine weitere Grundlage gestellte Konzern zu einem Zentrum der deutschen Filmindustrie sich entwickeln werde.

* **Einwirkungen der Weltmarktkrise in Holland.** Von einem deutschen Großkaufmann, der in der letzten Januarhälfte in Holland war, wird dem „Hann. Kur." folgendes mitgeteilt: Der Gummipreis beträgt z. Z. nur noch ein Drittel des Friedenspreises. Eine der größten Gummifabriken mußte zur Vermeidung des Zusammenbruches durch ein Syndikat gestützt werden. Die Seefrachten erreichten den niedrigsten Stand seit 1912. Trotzdem herrscht ein derartiger Mangel an Frachten, daß am 20. Januar in Rotterdam der 47. Dampfer aufgelegt werden mußte. Rohhäute werden 25 Proz. billiger als in Friedenszeiten angeboten. In Wolle ist schon seit Wochen kein größerer Verkauf oder Kauf getätigt worden, obwohl die Preise sehr erheblich heruntergegangen sind. An Kohlen ist wegen der Betriebsstillegungen in der Industrie zurzeit ein so großes Angebot vorhanden, daß die Kohlenrationierung aufgehoben worden ist. Auf dem Tabakmarkt ist eine ausgesprochene Flaue zu verzeichnen. Auch auf den meisten anderen Gebieten wird weder gekauft noch verkauft. Es ist selbstverständlich, daß die im Ausland herrschende Weltmarktkrisis durch das neue Pariser Diktat noch verschlimmert werden muß, bei dem neben Deutschland also auch die Neutralen die Leidtragenden sind. Für Deutschland selbst hat das Uebergreifen der Krisis auf sein Gebiet in Verbindung mit der Ausfuhrabgabe die Folge, daß wir nichts mehr ins Ausland exportieren können gleichzeitig aber im Inlande mit billigeren ausländischen Waren überschwemmt werden. Die daraus für uns entstehenden Gefahren können wir nur dann vermeiden wenn wir auf das rationellste und sparsamste arbeiten.

* **Zollfreie Ausfuhr von Wolle und Leder aus Brasilien.** Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires hat die Regierung einem Gesetz zugestimmt, durch das für die Dauer eines Jahres Wolle und Leder vom Ausfuhrzoll befreit werden.

* **Viehmarkt zu Borken am 8. Februar.** Der heutige Viehmarkt war mittelmäßig beschickt und von auswärtigen Händlern infolge der Fastnachtstage schwächer als wie sonst besucht. Es waren aufgetrieben 275 Schweine und Ferkel, 113 Stück Rindvieh und 361 Pferde und Fohlen. Gegenüber dem vorigen Markttage waren die Preise für Ferkel höher. Für die Alterswoche wurden durchschnittlich 40 bis 45 M gefordert und auch bezahlt. Tragende Schweine wurden zu 2600 M angeboten. Verkäufe kamen nur zu Preisen von 2000 bis 2300 M zustande. Im allgemeinen waren die Preise auf dem Schweinemarkt hoch und fest, meinten waren die Preise auf dem Schweinemarkt hoch und fest. Lebhafte Nachfrage nach besten Milch- und tragenden Kühen herrschte auf dem Rindviehmarkte. Gute Milchkühe kosteten 8000 bis 10 000 M; vereinzelt wurden auch höhere Preise erzielt. Für Arbeitspferde bester Qualität forderte man 30 000 bis 35 000 M, für Pferde zweiter Qualität 20 000 bis 28 000 M und 3. Qualität 10 000 bis 20 000 M. Geringwertige Pferde kosteten 5000 bis 8000 M. Fohlen standen sehr hoch im Preise. Allgemein beobachteten die Händler auf dem Pferdemarkt große Zurückhaltung. Der nächste Viehmarkt hier findet am 8. März 1921 statt.

Amerikanische Baumwoll-Notierungen.

New York, 9. Febr. (Durch Funkspruch.)

	7. 2.	8. 2. 11 Uhr	8. 2. Schluß
März . .	13,34	13,28	13,72
Mai	13,75	13,65	14,12
Juli	14,15	14,00	14,46
Oktober . .	—	14,35	14,75

Wechsel auf Berlin 1,67½.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Theodor Wiemann für den Anzeigen- und Reklameteil: Max Penkert, beide in Münster i. W.

✝

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse verschied heute nacht 1¾ Uhr nach schwerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, unser lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel u. Neffe, der

Bankdirektor

Franz Donders

im Alter von 41 Jahren, wohlvorbereitet durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente und ergeben in Gottes hl. Willen.

Um stille Teilnahme und ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Namens der Familie:

Katharina Donders, geb. Scherbaum
Margret, Karl-Josef und Elisabeth Donders
Universitäts-Professor Dr. Adolf Donders
Maria Berghaus, geb. Donders
Johanna Donders
Bernhard Berghaus
Frau Elisabeth Scherbaum, geb. Schulte.

Herford (Arndtstr. 10), Münster, Langenhorst und Essen-Borbeck, am 6. Februar 1921.

Am Donnerstag, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr findet die Beerdigung vom Sterbehause (Arndtstraße 10) aus statt, das feierliche Seelenamt am gleichen Tage, morgens 7,40 Uhr.

Antike Silberwaren Juwelen
An- und Verkauf
C. Rütter senior,
Krummer Timpen 17/19.

Sparkasse der Stadt und des Amtes Haltern zu Haltern i. W.
Verzinst sämtliche Einlagen mit 3¾ Prozent. Tägliche Verzinsung. Längste Kündigungsfrist 3 Monate. Postscheck-Konto Köln 6021. Reichsbank- und Landesbank-Konto Münster i. W.

Gesucht
eine kath. Dame als
Fabrikpflegerin.
Die Arbeit ist wesentlich fürsorgerisch und im Rahmen von einer Dame, die aus Familienrücksichten zurücktreten muß, mit wachsendem Erfolg ausgeübt. Bisherige Wohlfahrtsstelle oder ähnliche sozialpädagog. Ausbildung sehr erwünscht, doch ist Bedingung tiefreligiöse Lebensauffassung und gute, soziale Gesinnung. Einzige Praxis in weiblicher Jugendfürsorge wünschenswert.
Angebote mit Lebenslauf und Zeugnissen an den Vorsitzenden des Verbandes für Arbeiterinnenfürsorge, Goch am Niederrhein.

Erholungsheim Meeresstern
Nordseebad Borkum
geleitet von Franziskanerinnen, gewährt Erholungsbedürftigen und Rekonvaleszenten eine ihrem Gesundheitszustande und den Anordnungen ihres Arztes entsprechende Verpflegung. Das Haus ist das ganze Jahr geöffnet. Gute Verpflegung, Zentralheizung und elektrisches Licht. — Näheres und Prospekt durch die
Schwester Oberin.

Gute **Bezugsquelle** in Leinöl, Lacke, Farben für Handwerk u. Industrie ist
Joseph Homeyer
Münster i. W.
Wolbeckerstr. 2
Fernspr. 2118

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise.)
PIANOS Flügel, Harmoniums
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit.
mit Klangsteg D. R. G. M. 458 103.
2te Fabrik Berlin S 42
Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügelfabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.